

Politikfelder	BVMW Auszug Erfurter Manifest	SPD	CDU/CSU	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linkspartei. PDS
Steuern	Radikale Vereinfachung: Nur noch zwei Steuerarten, Einheitssteuersatz 25 Prozent. Kapital- und Personengesellschaften einheitlich besteuern; Erbschaftsteuer bei Firmenerhalt über zehn Jahre auf Null; Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen (Formel „10x10“)	Körperschaftsteuer auf 19 Prozent senken; Kapital- und Personengesellschaften einheitlich besteuern; "Reichensteuer"; Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit bleiben steuerfrei; Ausgestaltung der Erbschaftsteuer unklar	Anhebung der Mehrwertsteuer auf 18 Prozent; Eingangssteuersatz bei zwölf, Höchststeuersatz bei 39 Prozent; Körperschaftsteuer auf 22 Prozent senken, Kapital- und Personengesellschaften einheitlich besteuern; Erbschaftsteuer bei Firmenerhalt über zehn Jahre auf Null; Abbau von Subventionen und Vergünstigungen	Spitzensteuersatz auf 45 Prozent heben; Gewerbesteuer zu „Wirtschaftsteuer“ ausbauen; Familienbetriebe bei Erbschaftsteuer entlasten, große Privatvermögen stärker belasten; Abbau umweltbelastender Subventionen und Vergünstigungen	Unternehmen mit 25 Prozent besteuern; Drei-Stufen-Tarif bei Einkommensteuer (15, 25 und 35 Prozent); mittelfristiges Ziel: einheitlicher Steuersatz von 25 Prozent; generelle lineare Subventionskürzung um 20 Prozent	Eingangssteuersatz 15 Prozent, Spitzensatz bei Einkommenssteuer auf 50 Prozent anheben; Wiedereinführung der Vermögensteuer; die meisten Abschreibungsmöglichkeiten fallen weg; Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit bleiben steuerfrei
Arbeit	Betriebliche Bündnisse statt Flächentarif; Vermittlung von Arbeitslosen nur durch Kommunen; Kündigungsschutz und Mitbestimmung erst ab 20 Beschäftigten; Jahresarbeitszeitkonten; Löhne an Unternehmensentwicklung koppeln	Keine Lockerungen bei Kündigungsschutz, Arbeitszeit und Tarifautonomie; bundeseinheitliche Mindestlöhne in allen Branchen	Betriebliche Bündnisse erleichtern; kein Kündigungsschutz für Neueinstellungen in Betrieben unter 20 Mitarbeitern; bei mehr als 20 Beschäftigten 2 Jahre kein Kündigungsschutz; Langzeitarbeitslose können für 10 Prozent unter Tariflohn eingestellt werden	Keine Lockerung bei Kündigungsschutz und Tarifautonomie; Einführung von Mindestlöhnen; Niedriglohnjobs durch Zuschüsse zu Sozialabgaben attraktiv machen	Betriebliche Bündnisse erleichtern; Mitbestimmung erst ab 20 Mitarbeitern; Kündigungsschutz erst ab 50 Beschäftigten und nach vier Jahren; Bundesagentur für Arbeit auflösen	Kündigungsschutz und Mitbestimmung ausweiten; Mindestlohn von 1.400 Euro für Vollzeitbeschäftigte; staatliche Beschäftigungsprogramme; gesetzliche Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden; Ziel: 30-Stunden-Woche
Sozialsysteme	Mehr Eigenverantwortung bei Alters- und Gesundheitsvorsorge; Abschläge bei Rente vor 65; Rentenbeiträge auch von Politikern, Beamten und Selbständigen	Gesundheit: Alle Erwerbstätigen zahlen je nach Einkommen in Bürgerversicherung ein; Rente: gesetzliche Rentenversicherung erhalten, aber betriebliche und private Altersvorsorge stärken; Rente ab 65	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte senken; Gesundheit: Einführung einer einkommensunabhängigen Gesundheitspauschale für alle; Arbeitgeberanteil festschreiben; Rente: private & betriebliche Altersvorsorge stärken; Lebensarbeitszeit verlängern	Gesundheit: Einführung einer Bürgerversicherung; paritätische Beiträge von Arbeitgeber und -nehmer bleiben; Rente: keine Anhebung des Renteneintrittsalters; gesetzliche Rente als Basissicherung, dazu private Vorsorge	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte senken; Gesundheit: Privatisierung der gesetzl. Krankenkassen; Rente: Beitragssatz bei 19 % deckeln; individuelles Konto aus betrieblicher & privater Altersvorsorge; Lebensarbeitszeit verlängern, Ziel: 45 Beitragsjahre	Gesundheit: Einführung einer Bürgerversicherung; Rente: allgemeine Versicherungspflicht; keine Anhebung des Renteneintrittsalters; Mindestrente von 800 Euro nach 30 Beitragsjahren

Bürokratieabbau / Privatisierung	„Privat statt Staat“; Gesetze auf Folgen für Mittelstand überprüfen; Betriebe unter 20 Beschäftigten von Pflichtstatistiken befreien	Bau von Infrastruktur per Gesetz beschleunigen und private Investoren stärker beteiligen; Deregulierungs-Testregionen in Ostdeutschland; Umweltrecht entrümpeln;	Beschränkung des Staats auf Kernaufgaben; Bau von Infrastruktur per Gesetz beschleunigen und private Investoren stärker beteiligen; Reduzierung von Statistik- und Nachweispflichten	Privatisierung öffentlicher Aufgaben nur in ausgewählten Bereichen; neue Gesetze auf Wirkung und Brauchbarkeit hin überprüfen; Umweltrecht entrümpeln	Bau und Betrieb von Verkehrsinfrastruktur privatisieren; umfassender Bürokratieabbau, z.B. Reduzierung von Statistik- & Nachweispflichten; „Bürokratiekosten-TÜV“ prüft Folgekosten für Unternehmen	in allen Bereichen gegen Privatisierung; Existenzgründer von überzogenen bürokratischen Auflagen befreien
Energie und Umwelt	Preisdiktat des Energieoligopols brechen; Förderung regenerativer Energien; freiwillige Anreize für betrieblichen Umweltschutz schaffen	Ökostrom fördern, insbesondere Biomasse; Atomausstieg fortführen; Kohlefinanzierung bleibt	Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern; Steinkohlesubventionen abbauen; Förderung erneuerbarer Energien reduzieren	Anteil erneuerbarer Energien ausbauen; Atomausstieg konsequent umsetzen; Fliegen soll teurer, Bahnfahren billiger werden; mehr Güter auf die Schiene	Energiemix mit Option auf Kernenergie erhalten; Nutzung erneuerbarer Energien vorantreiben; Steinkohlesubventionen einstellen; mehr Wettbewerb im Schienenverkehr	Atomausstieg; bis 2050 Energie nur noch aus erneuerbaren Quellen; Besteuerung von Flugbenzin
Bildung	Bundesweite Bildungsstandards; Wirtschaft und Bildung enger verzahnen; Einführung von Studiengebühren bei finanzieller Selbstverantwortung der Hochschulen	Erststudium verbindlich gebührenfrei; verstärkte Förderung von Elite-Unis; Bildungspolitik bleibt Ländersache	vage Forderung nach „erstklassigen Bildungssystemen“; Bildungskompetenzen der Länder stärken	Erststudium soll gebührenfrei bleiben; keine Elite-Hochschulen; Bildungspolitik bleibt Ländersache	Bessere Vermittlung unternehmerischen Handelns in Schulen; Studiengebühren sind Hochschulsache; mehr Wettbewerb im Bildungswesen; Selbstverwaltung für Schulen und Hochschulen	Bundesweit einheitliche Prüfungsstandards; keine Studiengebühren